



Brüssel, den 8. Juli 2025
(OR. en)

11320/25
ADD 1

CORDROGUE 94
SAN 433
ENFOPOL 259
RELEX 945
JAI 1045
EUDA
EUROPOL

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

| | |
|----------------|---|
| Absender: | Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission |
| Eingangsdatum: | 8. Juli 2025 |
| Empfänger: | Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union |
| Nr. Komm.dok.: | SWD(2025) 188 final |
| Betr.: | ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN EVALUIERUNG (ZUSAMMENFASSUNG) der EU-Drogenstrategie 2021-2025 und des EU-Drogenaktionsplans 2021-2025 |

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument SWD(2025) 188 final.

Anl.: SWD(2025) 188 final

11320/25 ADD 1

JAI

DE



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 8.7.2025
SWD(2025) 188 final

**ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN
EVALUIERUNG (ZUSAMMENFASSUNG)**

der EU-Drogenstrategie 2021-2025 und des EU-Drogenaktionsplans 2021-2025

{SEC(2025) 210 final} - {SWD(2025) 187 final}

DE

DE

HINTERGRUND DIESER BEWERTUNG

Die Herstellung, das Inverkehrbringen und der Konsum illegaler Drogen haben schwerwiegende gesundheitliche, wirtschaftliche, ökologische und sicherheitspolitische Folgen für die Gesellschaft. Millionen von Menschen in der EU und weltweit sind davon betroffen. Um dieses komplexe Problem besser bewältigen zu können, hat die Europäische Union im Dezember 2020 die dritte **EU-Drogenstrategie für den Zeitraum 2021-2025** sowie einen auf fünf Jahre angelegten Aktionsplan zur Drogenbekämpfung angenommen.

Die EU-Drogenstrategie bildet den politischen Rahmen und legt die Prioritäten für die EU-Drogenpolitik für den Zeitraum 2021-2025 fest. Sie gliedert sich in folgende **drei Hauptsäulen** (oder übergeordnete Ziele):

- Verringerung des Drogenangebots
- Reduzierung der Nachfrage und
- Vorgehen gegen drogenbedingten Schaden

sowie in folgende **drei Querschnittsthemen**:

- internationale Zusammenarbeit
- Forschung, Innovation und Vorausschau sowie
- Koordinierung, Steuerung und Umsetzung

Ergänzend zur Strategie werden im **EU-Drogenaktionsplan für den Zeitraum 2021-2025** 85 Maßnahmen festgelegt, die von der EU und den Mitgliedstaaten umzusetzen sind, um die elf in der Strategie aufgeführten Prioritäten zu verwirklichen. Als Reaktion auf die zunehmende Bedrohung durch die organisierte Drogenkriminalität legte die Kommission im Oktober 2023 den EU-Fahrplan zur verstärkten Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität vor. Ergänzend zur Strategie und zum Aktionsplan der EU für den Zeitraum 2021-2025 sind in diesem EU-Fahrplan 17 konkrete Maßnahmen aufgeführt, die bis Ende 2025 auf EU-Ebene umgesetzt werden sollen.

In der Drogenstrategie wird die Kommission aufgefordert, eine umfassende externe **Bewertung der Umsetzung der Strategie und des Aktionsplans** einzuleiten, die von Januar bis Dezember 2024 ordnungsgemäß durchgeführt wurde. Sie stützte sich auf Erkenntnisse, die von verschiedenen Interessenträgern – darunter nationale Behörden, internationale Organisationen, der Privatsektor, die Zivilgesellschaft und Hochschulen – im Rahmen einer öffentlichen Konsultation, anhand von Umfragen und gezielten Befragungen sowie durch Sekundärrecherchen zusammengetragen wurden.

In dieser Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen bewertet die Kommission, ob die Drogenstrategie und der Drogenaktionsplan zur Verwirklichung der übergeordneten Ziele beigetragen haben, indem die **Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz, der europäische Mehrwert und die Relevanz** der Maßnahmen und ihrer Umsetzung auf EU- und nationaler Ebene untersucht werden. Schließlich werden die gewonnenen Erkenntnisse und das mögliche weitere Vorgehen im Hinblick auf die Beratungen über den künftigen Rahmen für die Drogenpolitik der Union dargelegt, bevor der derzeitige Rahmen am 1. Januar 2026 außer Kraft tritt. Während der Bewertung wurden mehrere Einschränkungen festgestellt: Erstens ist die Verfügbarkeit der Daten

über Drogen nach wie vor durch eine zweijährige Verzögerung zwischen der Erhebung, Analyse und Übermittlung der Daten durch die nationalen Behörden eingeschränkt. Zweitens sind die Erkenntnisse über die Umsetzung der Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten aufgrund von Unterschieden bei der Berichterstattung, der nationalen Politik und den politischen Rahmenbedingungen sowie aufgrund fehlender Wirkungsindikatoren nur begrenzt verfügbar. Drittens sind im Aktionsplan 11 Indikatoren aufgeführt, die keinen Maßnahmen zugeordnet sind und größtenteils nicht EU-weit messbar sind. Schließlich wird die Governance infrage gestellt, da strategische Prioritäten und Maßnahmen weder auf EU-Ebene noch auf nationaler Ebene direkt konkreten Verantwortlichen zugeordnet werden.

Im Mittelpunkt dieser Bewertung stehen die Auswirkungen der durchgeführten Aktionen und Maßnahmen in Bezug auf die folgenden **elf strategischen Prioritäten**:

Im Rahmen der Säule „**Verringerung des Drogenangebots**“ zielt die Strategie darauf ab, die Sicherheit durch folgende Maßnahmen zu erhöhen:

- Zerschlagung gefährlicher organisierter krimineller Gruppen im Drogenbereich, Inangriffnahme der Verbindungen mit anderen Sicherheitsbedrohungen und Verbesserung der Kriminalprävention (strategische Priorität Nr. 1)
- verstärkte Aufdeckung des illegalen Handels mit Drogen und Drogenausgangsstoffen an den Ein- und Ausgangsstellen der EU (strategische Priorität Nr. 2)
- Bekämpfung der Nutzung logistischer und digitaler Kanäle für den Drogenhandel und vermehrte Beschlagnahme von Drogen in enger Zusammenarbeit mit dem Privatsektor (strategische Priorität Nr. 3)
- Unterbindung der illegalen Drogenherstellung und Bekämpfung des illegalen Anbaus, Verhinderung der Abzweigung von Drogenausgangsstoffen und Bewältigung von Umweltschäden (strategische Priorität Nr. 4)

Im Rahmen der Säule „**Reduzierung der Drogennachfrage**“ zielt die Strategie darauf ab, Drogenprävention, -therapien und -betreuungsdienste durch die folgenden Maßnahmen zu fördern:

- Verhinderung des Drogenkonsums und Sensibilisierung für die negativen Auswirkungen von Drogen (strategische Priorität Nr. 5)
- Gewährleistung des Zugangs zu und Stärkung von Therapie- und Betreuungsangeboten (strategische Priorität Nr. 6)

Im Rahmen der Säule „**Vorgehen gegen drogenbedingten Schaden**“ zielt die Strategie darauf ab, die durch Drogen verursachten gesundheitlichen Schäden durch die folgenden Maßnahmen zu minimieren:

- Förderung von Maßnahmen zur Minimierung von Gesundheitsrisiken und -schäden und andere Maßnahmen, um Drogenkonsumierende zu unterstützen und zu schützen (strategische Priorität Nr. 7)
- Berücksichtigung der gesundheitlichen und sozialen Bedürfnisse von Personen, die in Haftanstalten und nach der Haftentlassung Drogen konsumieren (strategische Priorität Nr. 8)

In Bezug auf die **Querschnittsthemen** sieht die Strategie Maßnahmen zur Intensivierung der **internationalen Zusammenarbeit** mit Drittländern, anderen Regionen und internationalen Partnern (strategische Priorität Nr. 9), Maßnahmen zur Förderung von **Forschung, Innovation und Vorausschau** durch Synergien zwischen der EU und den Mitgliedstaaten zur Erhöhung der Reaktionsbereitschaft im Hinblick auf künftige Herausforderungen und Krisen (strategische Priorität Nr. 10) sowie Maßnahmen zur Sicherstellung einer angemessenen **Koordinierung, Steuerung und Umsetzung** der Strategie und des Aktionsplans mit adäquaten Ressourcen auf EU- und nationaler Ebene (strategische Priorität Nr. 11) vor.

WICHTIGSTE ERKENNTNISSE

I. Trends auf dem Drogenmarkt der Union seit 2021

Als die Strategie im Jahr 2021 angenommen wurde, wurde der Markt für illegale Drogen in der EU auf über 31 Mrd. EUR geschätzt. Es wurde davon ausgegangen, dass etwa 83,4 Millionen Erwachsene illegale Drogen konsumieren, wobei Opioide bei 75 % der tödlichen Überdosierungen eine Rolle spielten. Zudem nahmen Gewalt und Korruption im Zusammenhang mit dem Drogenhandel zu, da die großen EU-Häfen über erweiterte internationale Handelsrouten zu Drehkreuzen für den Schmuggel von Drogen und Drogenausgangsstoffen in die EU wurden.

Seit 2021 hat sich die „Drogenlandschaft“ der EU in vielerlei Hinsicht verändert. **In Häfen werden Rekordmengen an Drogen beschlagnahmt, und es sind neue Methoden des illegalen Handels entstanden, wie etwa Korruption und Gewalt.** Der Drogenhandel über Seehäfen in die EU hat einen historischen Höchststand erreicht, wobei in den Häfen von Antwerpen (443 Tonnen) und Rotterdam (181 Tonnen) Kokainmengen in beispielloser Höhe beschlagnahmt wurden. Die jüngsten Schwankungen bei den beschlagnahmten Kokainmengen deuten auf einen sogenannten Wasserbetreffekt hin, bei dem organisierte kriminelle Gruppen ihre Tätigkeiten auf weniger restriktive Routen verlagern könnten. Darüber hinaus nutzen kriminelle Gruppen **technologische und KI-Entwicklungen, um den Drogenhandel zu optimieren** und die Kommunikation über verschlüsselte Kanäle zu sichern. Der zunehmende Verkauf von Drogen auf verschlüsselten Online-Plattformen und in den gängigen sozialen Medien erschwert die Moderation von Inhalten für Plattformen und schränkt letztlich die effiziente Ermittlung und Verfolgung des Drogenhandels durch die Strafverfolgungsbehörden ein. Unterdessen arbeiten europäische Drogenhersteller und -händler eng mit **internationalen kriminellen Netzwerken**, insbesondere aus Lateinamerika, zusammen, die ihre Handelsrouten ausweiten, um Drogen in die EU zu schmuggeln.

Gleichzeitig wächst die Besorgnis über die gesundheitlichen Auswirkungen der zunehmenden Verfügbarkeit und Vielfalt illegaler Drogen in der EU, die durch **starke neue synthetische Drogen und synthetische Opioide** sowie durch den hohen Reinheitsgrad von Kokain gekennzeichnet sind. Darüber hinaus **entstehen komplexe Drogenkonsummuster**, die häufig auf die Kombination von Opoiden und Stimulanzen zurückzuführen sind und somit das Risiko drogenbedingter Todesfälle und anderer Gesundheitsrisiken erhöhen und neue Herausforderungen für die Dienste mit sich bringen, die sich mit der Reduzierung der Drogennachfrage und der Minimierung von Gesundheitsschäden befassen. Der Kokainkonsum

hat zugenommen, auch bei gefährdeten Bevölkerungsgruppen, während die Wirksamkeit von Cannabis, der am häufigsten konsumierten illegalen Droge, zunimmt und vermehrt über gesundheitsschädliche Auswirkungen berichtet wird.

II. Bewertung der EU-Drogenstrategie und des EU-Aktionsplans für den Zeitraum 2021-2025

WIRKSAMKEIT

In Bezug auf die Verringerung des Drogenangebots wird in der Bewertung festgestellt, dass die Strategie und der Aktionsplan seit 2021 zu folgenden Ergebnissen beigetragen haben könnten:

- Es wurden einige Fortschritte bei der **Bekämpfung der organisierten Drogenkriminalität** (Priorität Nr. 1) im Zusammenhang mit der verstärkten operativen Unterstützung durch Europol und der intensivierten **Zusammenarbeit und dem verstärkten Austausch von Informationen** über Drogeneinsätze zwischen Strafverfolgungs-, Justiz- und Zollbehörden sowie EU-Agenturen, vor allem Europol, Eurojust und EUDA, erzielt.
- Es wurden Fortschritte bei der **Aufdeckung des Drogenhandels und der Bekämpfung der Nutzung logistischer Drehkreuze** erzielt (Prioritäten Nr. 2 und 3), insbesondere in EU-Häfen, die als wichtige Eingangsstellen für Kokainschmuggel in die EU gelten. Die Bewertung kommt jedoch nicht zu dem Schluss, dass diese Erfolge allein auf die Strategie und den Aktionsplan zurückzuführen sind, sondern auf den EU-Fahrplan, der die Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität mit seinem handlungsorientierten Ansatz, vor allem durch die Europäische Hafenallianz, verstärkt hat.

Trotz dieser Bemühungen zeigen die Trends im Bewertungszeitraum, dass die Drogenbeschlagnahmen weiter zugenommen haben, aber die Verfügbarkeit, der Preis und der Reinheitsgrad illegaler Drogen auf dem Markt offenbar nicht zurückgegangen sind. Jüngste Zahlen über einen Rückgang der Beschlagnahmen in den wichtigen Seehäfen der EU deuten darauf hin, dass die Bemühungen um eine Verringerung des Angebots zu einer Änderung der Vorgehensweise führen. Mit dem strategischen Rahmen wurde daher weder das Ziel der Bekämpfung des Drogenhandels und seiner unterschiedlichen Vertriebskanäle vollständig erreicht noch die Herstellung von Drogen und Ausgangsstoffen, einschließlich der dabei entstehenden Abfälle, die offenbar zunehmen, vollständig unterbunden (Priorität Nr. 4).

Im Hinblick auf die Reduzierung der Nachfrage und der Minimierung von Gesundheitsschäden haben die Strategie und der Aktionsplan durch Maßnahmen zur Drogenprävention, zur Behandlung und zum Zugang zu Gesundheitsdiensten für alle in gewissem Maße zur **Förderung der öffentlichen Gesundheit** und zur **Wahrung des Wohls der Gesellschaft und des Einzelnen** beigetragen. In der Praxis ist der Beitrag, den die Mitgliedstaaten zu diesen Zielen tatsächlich leisten, aufgrund der unterschiedlichen Prioritätensetzung und Umsetzung der Maßnahmen nach wie vor uneinheitlich, und die Auswirkungen auf die Gesellschaft lassen sich aufgrund der begrenzten Datenverfügbarkeit nur schwer messen.

Die Strategie und der Aktionsplan hätten als Richtschnur für die nationalen Drogenstrategien dienen können, um Maßnahmen zur **Reduzierung der Drogennachfrage** in ganz Europa zu verstärken:

- durch eine Ausweitung der evidenzbasierten Prävention, Sensibilisierung und verbesserte Drogentherapiedienste, deren Qualität und Wirksamkeit jedoch von Land zu Land sehr unterschiedlich sind.
- mit Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen für einen freiwilligen und diskriminierungsfreien Zugang zu Therapieangeboten. In der Praxis arbeiten Dienste, die sich mit drogenbedingten Problemen und geschlechtsspezifischer Gewalt befassen, jedoch häufig isoliert, und Frauen stehen nach wie vor erheblichen Hindernissen gegenüber, wenn es um den Zugang zu geschlechterorientierten Drogentherapie- und Betreuungsangeboten geht.
- Darüber hinaus hat die Drogenagentur der Europäischen Union ihre Unterstützung durch Initiativen verstärkt, die den Zugang zu zuverlässigen Informationen über die Prävention für die Menschen, die sie benötigen, erleichtern.

Trotz dieser Bemühungen stehen die Mitgliedstaaten aufgrund unzureichender Präventionsinfrastrukturen, ungleicher Zugangsmöglichkeiten zu Therapieangeboten, begrenzter Mittelzuweisung und unzureichender Integration der sozialen, psychologischen und drogentherapeutischen Gesundheitssysteme nach wie vor Herausforderungen bei der vollständigen Verwirklichung der Ziele des Aktionsplans gegenüber. Darüber hinaus deuten die verfügbaren Daten zum Drogenkonsum darauf hin, dass der Cannabiskonsum bei jungen Erwachsenen (15-34 Jahre) stabil bleibt, während der Kokainkonsum zunimmt.

Mit der Strategie und dem Aktionsplan wurde der Schwerpunkt verstärkt auf das **Vorgehen gegen drogenbedingte Schäden** gelegt:

- Diese Priorisierung hat die politische Debatte über die Minimierung von Gesundheitsschäden bereichert und zur Entwicklung einer auf den Menschen ausgerichteten nationalen und internationalen Drogenpolitik beigetragen.
- Auf EU-Ebene haben die verstärkte Überwachung und die rasche Reaktion auf das Aufkommen neuer psychoaktiver Substanzen mit Unterstützung des EU-Frühwarnsystems zu diesem Bereich beigetragen. Mit dem neuen Mandat sollte das neue Netzwerk kriminaltechnischer und toxikologischer Laboratorien der Drogenagentur der Europäischen Union (EUDA) den Informationsaustausch fördern und weitere wirksame Reaktionen auf EU-Ebene auf neu aufkommende Substanzen und andere Sicherheits- und Gesundheitsrisiken auf dem EU-Drogenmarkt erleichtern.

Dennoch hatte der Aktionsplan nur begrenzte Auswirkungen auf den Zugang zu Diensten zur Minimierung von Gesundheitsschäden, mit denen die tödliche Überdosierung in der gesamten EU verringert werden soll. Darüber hinaus verfolgen die Mitgliedstaaten in Bezug auf die Gesundheitsversorgung in Haftanstalten nach wie vor sehr unterschiedliche Ansätze, und es liegen nur sehr wenige Daten zum Drogenkonsum und zur psychischen Gesundheit in Haftanstalten vor.

Hinsichtlich der Querschnittsthemen könnten die Strategie und der Aktionsplan durch politische Dialoge und technische Unterstützung durch EU-finanzierte Programme und EU-Agenturen zur Förderung der **internationalen Zusammenarbeit im Drogenbereich** mit Drittländern und anderen Regionen beigetragen haben. Allerdings werden im Aktionsplan keine konkreten operativen Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den am stärksten vom Drogenhandel betroffenen Drittländern genannt. Mit dem EU-Fahrplan wurde dieser operative Schwerpunkt für die wichtigsten Regionen wie Lateinamerika (Kokainroute) und China (Handel mit Drogenausgangsstoffen) verstärkt, und es wurden weitere Schritte für den Austausch von Aufklärungsergebnissen und den Aufbau von Kapazitäten zur Strafverfolgung mit diesen Partnern unternommen.

Die Strategie und der Aktionsplan könnten sich auf Maßnahmen zur Förderung von **Forschung, Innovation und Vorausschau** in der EU und den Mitgliedstaaten ausgewirkt haben, wobei einige Fortschritte bei der Überwachung neuer Drogentrends und der Entwicklung von Nachweistechnologien erzielt wurden. Der Beitrag der EUDA zu diesem Ziel wurde durch eine verstärkte Kapazität zur Erhebung und Analyse von Daten über neu auftretende Drogentrends, Konsummuster und Marktrisiken verstärkt. Das EU-Innovationszentrum für die innere Sicherheit von Europol trägt zu Forschung und operativen Strategien zur Zerschlagung von Drogenhandelsnetzen bei. Die Bewertung der Wirksamkeit auf nationaler Ebene ist jedoch nach wie vor schwierig, da die Mitgliedstaaten weder systematisch Statistiken über die Wirkung ihrer Maßnahmen erheben noch darüber berichten.

In Bezug auf die Koordinierung wurden mit der Strategie und dem Aktionsplan die nationalen politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Säulen zur Verringerung von Angebot und Nachfrage und zur Schadensminimierung sowie ein verstärkter Dialog auf EU-Ebene, vor allem in der Horizontalen Gruppe „Drogen“ des Rates der Europäischen Union, gefördert. Sie trugen auch dazu bei, dass die EU beim Thema Drogenpolitik in internationalen Gremien wie der Suchtstoffkommission und im Dialog mit Ländern und Regionen außerhalb der EU mit einer Stimme sprechen konnte.

WIRKSAMKEIT

Die **Wirksamkeit der Strategie** wird durch den sich wandelnden Drogenmarkt beeinflusst, der durch neue Produktionstrends (neue psychoaktive Substanzen), veränderte Konsummuster, geopolitische Instabilität, die Nutzung von Technologien und verschlüsselter Kommunikation sowie neue Drogenhandelsrouten geprägt ist. Über die externen Faktoren hinaus wird die Wirksamkeit der Strategie weitgehend durch die begrenzten Indikatoren zu den Kosten und öffentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Drogenpolitik in Verbindung mit der unzureichenden Berichterstattung der Mitgliedstaaten beeinflusst. Die unklare Zuständigkeit für die Maßnahmen in Verbindung mit dem breit angelegten Ansatz der Maßnahmen untergräbt die Umsetzung und schwächt die Wirksamkeit des Rahmens.

Die Finanzierungsquellen der Union für EU-Agenturen und die Unterstützung für Forschung und Sicherheit im Rahmen der Programme „Horizont Europa“ und des Fonds für die innere Sicherheit (ISF) wurden zusätzlich zu den Programmen der internationalen Zusammenarbeit aufgestockt. Aus der öffentlichen Konsultation geht jedoch hervor, dass die Mittel für Dienste

zur Minimierung von Gesundheitsschäden und für Projekte der Zivilgesellschaft nach wie vor unzureichend sind. Im Hinblick auf den Nutzen hat die Strategie die Koordinierung der Strafverfolgung und den Informationsaustausch bei der Zerschlagung organisierter krimineller Drogennetzwerke gefördert und die Notwendigkeit evidenzbasierter Initiativen zur Prävention und Minimierung von Gesundheitsschäden bekräftigt.

KOHÄRENZ

Die Strategie und der Aktionsplan bieten einen **kohärenten** Rahmen, der mit den politischen Maßnahmen und Rechtsvorschriften der EU, der Mitgliedstaaten und anderer Länder im Einklang steht. Die operativen Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Drogenkriminalität müssen stärker integriert werden, um auf neue Trends reagieren zu können. Die Gesundheitspolitik der EU steht nicht vollständig im Einklang mit der EU-Drogenpolitik, es könnte eine bessere Verzahnung von drogenbedingten psychischen Erkrankungen und geschlechtsspezifischen Vorgehensweisen zur Bekämpfung drogenbedingter Gesundheitsschäden hergestellt werden. Auf nationaler Ebene richten die meisten Mitgliedstaaten ihre Drogenstrategien am EU-Rahmen aus.

RELEVANZ

Die EU-Drogenstrategie ist nach wie vor **relevant**, um sowohl aktuelle als auch künftige drogenbedingte Herausforderungen auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten bewältigen zu können. Die Interessenträger sind der Ansicht, dass der umfassende Ansatz der Strategie den Erfordernissen der Drogenpolitik angemessen Rechnung trägt. Andererseits zeigt die Studie, dass im Aktionsplan oft keine klaren Ergebnisse und Zuständigkeiten vorgesehen sind, was die Überwachung der konkreten Umsetzung und die Bewertung der Auswirkungen und Ergebnisse erschwert.

EUROPÄISCHER MEHRWERT

Die Drogenpolitik ist von Natur aus ein komplexes Thema, das sich mit der Sicherheits-, Gesundheits- und Sozialwirtschaftspolitik überschneidet; sie erfordert daher eine Koordinierung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Bewältigung drogenbedingter Herausforderungen auf EU-Ebene hat einen deutlichen **Mehrwert** erzielt, indem die Union die nationalen Drogenstrategien lenkt und wenn es darum geht, das EU-Drogenkonzept auf internationaler Ebene zu vertreten, mit einer Stimme spricht. Dadurch konnten Ergebnisse erreicht werden, die einzelne Mitgliedstaaten allein nicht hätten erzielen können.

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND GEWONNENE ERKENNTNISSE

Die Bewertung ergab, dass sich die Strategie und der Aktionsplan mäßig auf die Verwirklichung ihrer allgemeinen Ziele, das Angebot zu verringern und Schaden zu minimieren, ausgewirkt haben. In Bezug auf Umfang und Darstellung werden die strategischen Prioritäten und Maßnahmen zu allgemein gehalten, und es fehlt ein ergebnisorientierter Ansatz. Hinsichtlich der

messbaren Ergebnisse wurden bei der Bewertung aufgrund der Datenverfügbarkeit und schwacher Indikatoren erhebliche Einschränkungen festgestellt. In Bezug auf die Umsetzung und Rechenschaftspflicht ist eine klare Zuordnung der Zuständigkeiten und der Rechenschaftspflicht für die Überwachung der auf nationaler Ebene durchgeführten Maßnahmen erforderlich. Daher sollte der künftige strategische Rahmen hinreichend funktionsfähig sein und klare und konkrete Maßnahmen mit einer überschaubaren Anzahl von Prioritäten und realistischen Zielen umfassen. Er sollte auf zuverlässige Daten gestützt sein, die systematisch erhoben, gemeldet und überwacht werden müssen.

In der Bewertung wird darüber hinaus festgestellt, dass erreichbare Ziele sowie anpassungsfähige Maßnahmen zur Bewältigung der sich wandelnden Trends auf dem Drogenmarkt geprüft werden müssen. Es sollte erwogen werden, mit Unterstützung der EUDA besser definierte Indikatoren und eine zeitnahe Datenerhebung und -meldung durch die Mitgliedstaaten sicherzustellen. Es sind konkrete proaktive Maßnahmen erforderlich, um die organisierte Drogenkriminalität zu bekämpfen, ihre Tätigkeit zu unterbinden und ihre Unterwanderung der Lieferkette der EU durch Gewalt und Korruption zu verhindern. Es wäre wichtig, die Zusammenarbeit zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor, einschließlich der internationalen Zusammenarbeit, weiter zu prüfen. Weitere Kapazitäten zur Erkennung neuer Drogen umfassen die kontinuierliche Unterstützung der nationalen und EU-Frühwarnsysteme und einen einheitlichen Ansatz zur Standardisierung der Datenerhebung. Die Reduzierung der Drogennachfrage wird nach wie vor durch Herausforderungen in Bezug auf Präventionsinfrastrukturen, ungleiche Zugangsmöglichkeiten zu Therapieangeboten und begrenzte Mittel beeinträchtigt. Die nationalen Bemühungen zur Bekämpfung der durch Drogen verursachten Gesundheitsschäden könnten hingegen um Dienstleistungen, wie etwa das Angebot von Drogenkonsumräumen und die Ausgabe von Naloxon, ausgeweitet werden, um die Herausforderungen im Zusammenhang mit synthetischen Drogen, Opioiden und den Konsum mehrerer Substanzen abzumildern.